Diese Zeitung erscheint täglich zweimal
Morgens 8, und Abends 6 Uhr.
vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr.;
mit Botenlohn 1 Thlr. 17½ Sgr.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17½ Sgr.

Privilegirte

Stettiner Zeitung



Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: Buchdruckerei von H. G. Effenbarts Erben,
Krautmarkt No. 4. (1053.)
Redaktion und Expedition ebendaselbst.
Insertionspreis für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

No. 112. Abend-Ausgabe. Dienstag, den 8. März 1859.

Stettin, 8. März. (Zur Situation). Abermals ein unerwarteter Schachzug Napoleons, die bekannte Moniteur-note. Das Spiel scheint in der That zu verlaufen wie vor dem Krimkriege. Keine Parthei wagt noch mit Schlagen den Anfang zu machen. Nachdem der Kaiser eben erst seinem Gegner in Oesterreich Schach geboten hatte, und alle Welt glaubte, dieser Zug würde nur durch „Schlagen" ausgeglichen werden können, schiebt der Kaiser von Oesterreich Lord Cowley vor und willigt in eine Revision der Verträge mit den mittelitalienischen Staaten. Die vertragsmäßig permanente Okkupation der letzteren durch österreichische Truppen soll aufhören, aber Oesterreich das Recht behalten, im Falle einer Revolution ohne Weiteres einzurücken und die Ruhe wieder herzustellen. Diesen Zug hatte man in Frankreich offenbar nicht vorausgesehen, und deßhalb erscheint es dort vorerst wieder nöthig, darüber nachzudenken und die Disposition des Gegners zu errathen ehe der Contrezug erfolgt. Damit indeß nicht etwa die gesteigerte Erregtheit der öffentlichen Meinung das Spiel verderbe oder störe, wird im Moniteur vorläufig Alles geläugnet, was jemals zur Erregung Anlaß gegeben hat. So soll Zeit und Ruhe zum Nachdenken gewonnen werden, bis sich eine andere Kombination gefunden hat — die Zuschauer des Spiels mögen indessen jetzt wetten, wer die Parthie gewinnen wird, ob sie mit rémis oder mit Schlagen enden wird.

Deutschland.

[] **Berlin**, 7. März. Die Moniteur-Note vom vorgestrigen Tage hat die Kourse aller Papiere an den europäischen Börsen in die Höhe getrieben, obgleich sie an und für sich gar kein so unzweifelhaftes Zeugniß für den Frieden ablegt. Man sagte sich beim Bekanntwerden der Note, die Dreistigkeit und unverschämte Naivetät, mit der das kaiserliche Organ sich verwundert nach dem vermessenen Ruhestörer umsieht, gäbe doch zu wenig Garantieen für die innere Aufrichtigkeit ihrer Phrasen, als daß man nicht versucht wäre, zu glauben, der Kaiser habe damit nur einen weiteren, seiner wohlbekannten politischen Schachzüge gemacht. Sprich von Frieden und bereite den Krieg vor! Das war des alten Napoleon Loosung. Auch am 1sten Dezember 1851 betheuerte der damalige Prinz-Präsident seinen Willen, die Verfassung aufrecht zu erhalten. — Als am andern Morgen aber Paris aufwachte, war der Staatsstreich ein fait accompli und die Verfassung zerrissen. — Ich bin indeß in der Lage, Ihnen eine glaubwürdige, wohlverbürgte Nachricht von der größten Wichtigkeit mitzutheilen. Es sind heute Briefe aus Wien eingetroffen, welche melden, daß Oesterreich acceptable Vorschläge gemacht habe. Oesterreich wird nicht allein die Legationen räumen, es will auch die Hand zu einer Revision der Verträge mit Modena, Parma und Toskana bieten. Das ist der Erfolg der Cowley'schen Sendung. Schon am 3. März waren ähnliche Gerüchte in Wien verbreitet, jetzt ist die Sache entschieden. Dadurch erhält die Moniteur-Note eine ganz andere Bedeutung. Wenn, wie es wahrscheinlich ist, man in Paris am Freitag bereits von den Ergebnissen in Wien Kunde hatte, so war es allerdings nicht übel, am Sonnabend früh im Moniteur zu erklären, der Kaiser wolle den Frieden, wo denn die Unruhstifter wären? Genug, in der Luft steckt vorläufig wieder Frieden, momentan sind die Kriegsaussichten in den Hintergrund gedrängt. — Am Sonnabend Abend haben wohl Viele erwartungsvoll den Staatsanzeiger in die Hand genommen, in der Hoffnung, daß er einen Amnestieerlaß enthalten werde. Er hat aber nichts gebracht und wird auch nichts bringen. Ich höre, daß jedem zu Amnestirenden die Gnadenbezeugung ins Haus geschickt werden wird, und daß kein Flüchtling amnestirt werden wird.

Berlin, 7. März. Die Volkszeitung erhält aus der Provinz Preußen den Wortlaut einer Adresse, welche 81 Einwohner der Gemeinde des Kirchspiels Schmauch ihrem von dem Konsistorium zu Königsberg hart getadelten Pfarrer Keßler zugestellt haben. Die Adresse lautet: „Hochgeehrter Herr Pfarrer! Wir haben erfahren, daß Sie sich das Mißfallen des hohen Konsistoriums dadurch zugezogen haben, weil Sie bei der am 23. November stattgehabten Wahl der Abgeordneten Ihre Stimme dem Herrn v. Forckenbeck (Katholiken —) gegeben haben. Sie haben in dieser Beziehung ganz in unserm Sinne gehandelt, denn Sie haben einem Manne die Stimme gegeben, von dem wir überzeugt sind, daß er mit der jetzigen Regierung, auf welche das Land mit Zuversicht sieht, Hand in Hand gehen und des Volkes Wohl befördern wird und sonach hebt sich dann die Befürchtung von selbst in Beziehung seines religiösen Bekenntnisses. Genehmigen Sie, daß wir in Hochachtung Ihnen unsern verbindlichsten Dank aussprechen. Euer Hochehrwürden ganz ergebene Kirchspiels-Eingesessene und Urwähler."

— Die Preuß. Ztg. meldet: Es ist in einzelnen Zeitungen von disziplinarischen Maßregeln die Rede, welche gegen den General-Superintendenten Büchsel in Folge des von ihm kürzlich abgelehnten Aufgebots im Gange wären. Diese Nachrichten entbehren der Begründung und kann vielmehr aus zuverlässiger Quelle versichert werden, daß die Angelegenheit mit der Vollziehung des Aufgebotes durch Substitution ihre amtliche Erledigung gefunden hat.

— Der Lieutenant zur See 2. Klasse v. St. Paul ist als Adjutant bei Sr. königl. Hoh. dem Prinzen Adalbert und der Seconde-Lieutenant im 2. Garde-Regiment z. F. v. Winterfeld, bisher Adjutant des 1. Bataillons (Berlin) 2. Garde-Landw.-Regiments, zur Dienstleistung bei Sr. königl. Hoh. dem Prinzen Alexander kommandirt worden.

— Ueber den Rücktritt des Ministers Flottwell sind wieder in der Presse allerlei Gerüchte verbreitet. Wir hören, daß dieser Rücktritt nicht jetzt, wohl aber nach dem Wunsche des Ministers selbst etwa für den Monat Mai (wohl nach Schluß der Kammern) in Aussicht genommen ist. (N. Pr. Z.)

— In Folge von Entkräftung, nach vorangegangenem gastrischem Fieber, starb am 4. d. M. im 82sten Lebensjahre einer der ältesten Beamten des Geheimen Ober-Tribunals, der Geh. Ober-Tribunalsrath Baron v. Gaertner.

— Am Sonntag starb hierselbst der General-Lieutenant a. D. v. Brünneck. Der Verstorbene war zuletzt kommandirender General des 5. Armee-Korps und bereits im Jahre 1851 in den Ruhestand getreten.

— In Bezug auf die vielbesprochene Angelegenheit in Betreff der Berechtigung zum einjährigen Militairdienst kann die „Elberf. Ztg." die zuverlässige Nachricht mittheilen, daß die neue Ersatz-Instruktion, welche bereits dem Drucke übergeben ist, mit dem 1. Januar 1860 in Kraft tritt. Nach dieser neuen Ersatz-Instruktion haben diejenigen Schüler eines Gymnasiums, welche mindestens ein halbes Jahr in Sekunda, und diejenigen Schüler einer Realschule, welche mindestens ein halbes Jahr in Prima gesessen haben, die Berechtigung für den einjährigen Militairdienst. Bis zum 1. Januar 1860 gilt noch die alte Instruktion, so daß für Diejenigen, welche sich noch im Laufe dieses Jahres für den einjährigen Dienst melden und auf Grund der bisherigen Berechtigungen angenommen werden, die verschärfte Instruktion nicht zur Anwendung kommt. Wie aus Obigem zu ersehen ist, handelt es sich um eine Verschärfung von einem halben Jahr und nicht von zwei Jahren, wie vielfach irrig angenommen worden ist. Unbegründet ist auch die Angabe, daß es künftighin nicht als gültig erachtet werden soll, sich außerhalb der Gymnasien und Realschulen die erforderliche Berechtigung zum einjährigen Militairdienste durch Privatstudium zu verschaffen.

— Die Kreuzzeitungs-Partei entwickelt nach der Elberfelder Zeitung große Thätigkeit. In der kleinen Fraktion von Blanckenburg hält Wagener für die Mitglieder des Abgeordneten-, wie für die des Herrenhauses Vorträge, aus denen ersichtlich wird, daß die Partei auf eine innere Verbindung mit den kleinen Leuten (Handwerkern, Arbeitern 2c.) hinstrebt. Dazu hört man von Einrichtung konservativer Klubs in den Provinzen, die hier unter einer politischen Direktion centralisirt werden sollen. Auch auf dem Gebiete der Presse werden von der Partei neue Versuche gemacht.

— Die Kommission des Abgeordnetenhauses, welche das Ehegesetz beräth, hat die beiden ersten Paragraphen desselben erledigt; eine Verschmelzung in einen Paragraphen, welche erwartet wurde, hat nicht stattgefunden; doch ist die Fassung in einer, wie es heißt, vom Abg. Wentzel herrührenden Weise so amendirt, daß die Civilehe mit der kirchlichen Ehe gleichgestellt wird.

— Die Jagdfrage kommt in den nächsten Tagen im Abgeordneten-Hause zur Berathung. In einer Petition der Herren Buschmann und Genossen zu Ehrenbreitstein (Rheinprovinz!) wird beantragt: entweder Rückgabe des Jagdrechts oder angemessene Entschädigung zu gewähren.

— Zu dem Antrage des Abgeordneten von Rosenberg-Lipinski, betreffend den Bau der Eisenbahn auf dem rechten Oderufer ist von dem Abgeordneten v. Carlowitz und Genossen der unserer Meinung nach allein zutreffende Abänderungs-Antrag eingebracht worden: Das Haus wolle beschließen „über den Antrag der Petenten in der Erwartung zur Tages-Ordnung überzugehen, daß der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft ein Präklusivtermin zur Ausführung des betreffenden Baues gesetzt, und nach dessen fruchtlosem Ablauf die Erbauung der Bahn zur freien Konkurrenz gestellt werde."

Berlin, 7. März. (19. Sitzung des Abgeordneten-Hauses.) Eröffnung der Sitzung 10¼ Uhr. Nach geschäftlichen Mittheilungen Seitens des Präsidenten wird zuerst die Wahl eines Schriftführers, in Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Delius, vorgenommen. Auf der Tagesordnung steht sodann die Berathung des Gesetzes wegen Verschaffung der Vorfluth in den Bezirken des Appellations-Gerichtshofes zu Köln und des Justiz-Senats zu Ehrenbreitenstein. Bei §. 2 entspinnt sich eine Debatte zwischen den Abgeordneten Strohn, v. Rönne, v. Beughem, Aldenhoven, dem Minister Graf Pückler. Der Paragraph wird zum Schluß nach dem Kommissions-Antrage angenommen. — Zu §. 4 sprechen die Abgeordneten Reichensperger, v. Rönne, v. Franckh, der Regierungs-Kommissarius u. s. w. — Abgeordneter v. Vincke bemerkt, daß während der langen Debatte über den §. 4 die Saal-Uhr des Abgeordneten-Hauses stehen geblieben sei; er bäte, doch die Uhr wieder in Gang zu bringen, damit sich die Debatte nicht zu lang ausspönne (Große Heiterkeit). — Der §. 4 wird schließlich nach den Vorschlägen der Kommission mit geringer Abänderung angenommen. Eben so ohne Diskussion die §§. 5, 6 u. 7. Beim §. 8 erhebt sich wieder eine längere Diskussion, der dann mit den folgenden §§. 9—11 angenommen wird. Das Gesetz ist damit erledigt. — Der Präsident theilt mit, daß der Abgeordnete v. Saucken (Labiau) mit 188 Stimmen zum Schriftführer für den Abgeordneten Delius gewählt sei. — Der Handelsminister bringt einen Gesetz-Entwurf ein, betreffend eine Zinsgarantie des Staates für eine von der Rhein-Nahe-Eisenbahn aufzunehmende Prioritäts-Anleihe. — Das Haus geht zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur Berathung des Gesetzes, betreffend die Gewährleistung wegen verborgener Mängel bei dem Verkauf und Tausch von Hausthieren im Bezirk des Appellations-Gerichtshofes zu Köln.

Der Entwurf wurde mit wenigen Abänderungen angenommen. Schluß der Sitzung 3½ Uhr Nachm. Nächste Sitzung Mittwoch.

Berlin, 7. März. Die Elberfelder Zeitung bringt eine Mittheilung aus Berlin, der es eine besondere Extra-Beilage widmet, welcher zufolge ein Abkommen zwischen England und Preußen getroffen sei, das ein gemeinsames Verhalten beider Mächte für den Fall eines österreichisch-französischen Krieges feststelle. Hinzugefügt wird die Nachricht von der beschlossenen Mobilisirung von vier preußischen Armee-Korps und ihrer Zusammenziehung am Rheine. Das Eine ist eben so wenig begründet, als das Andere. In ihrer gegenwärtigen vermittelnden Thätigkeit halten sich England und Preußen, ohne besondere Uebereinkunft, auf der gleichen Linie, und eine solche für den Fall eines Krieges abzuschließen, wäre jetzt weder an der Zeit, noch in Rücksicht auf die verschiedene Stellung beider Mächte zu den Eventualitäten, die ein Krieg in seinem Gefolge haben kann, ausführbar. Die angebliche Mobilisirung widerspräche gänzlich der Aufgabe, welche sich die preußische Politik zur Zeit im Verein mit England gestellt hat. Derartige Demonstrationen könnten gegenwärtig nur dazu dienen, die Gefahren eines allgemeinen Krieges zu erhöhen. (K. Z.)

Berlin, 8. März. Ganz den vorhergehenden Festen entsprechend endete gestern der dritte Subskriptionsball diese Feierlichkeiten im Opernhause. Gegen 9 Uhr erschien der Hof in seinen Logen und machte alsbald seinen Fest-Umgang durch den Saal. Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent eröffnete denselben mit der Frau Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Strelitz, der Großherzog von Weimar und der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz folgten hiernächst mit den Prinzessinnen von Preußen und Karl.

Breslau, 7. März. Se. königliche Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen ist heute Morgen um halb 7 Uhr in Begleitung Sr. Durchl. des Fürsten Radziwil, kommandirenden Generals des 4. Armeekorps, und eines persönlichen Adjutanten, mit dem Berliner Schnellzuge hier eingetroffen.

Königsberg, 5. März. Die „K. H. Z." enthält folgende Berichtigung: In mehreren Zeitungen hat die Nachricht Aufnahme gefunden, daß der Oberpräsident, Wirkl. Geh.-Rath Eichmann Excellenz, der bekanntlich zugleich Präsident des Konsistoriums ist, in Betreff des öfter erwähnten Konsistorial-Erlasses an die vier Pfarrer des Kreises Pr. Holland, die dem katholischen Rechtsanwalt von Forkenbeck bei der letzten Abgeordneten-Wahl ihre Stimmen gegeben, erklärt haben soll, daß er in dem Passus: „Diener der evangelischen Kirche, deren Brod sie essen," letztere Worte in dem ihm vorgelegten Erlaß gestrichen habe und daß dieselben nur durch ein Versehen des Expedienten in den Text aufgenommen worden seien. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß diese Nachricht aller und jeder Begründung entbehrt.

— In der Provinz Preußen wurden im Jahre 1858 im Ganzen 546 Trauungsgesuche Geschiedener eingereicht 465 in erster (Konsistorium) 81 in zweiter Instanz (Oberkirchenrath). Darauf wurde die Wiederverheirathung in 283 Fällen und zwar in 262 in erster, 21 in zweiter Instanz bewilligt. Von Geschiedenen, auf Grund gegenseitiger Einwilligung gingen 88 Gesuche ein, und wurden 50 abgelehnt.

Marienburg, 4. März. Ein junger Mann, von dem es bekannt ist, daß er sein aus 3000 Thlr. bestehendes Vermögen aus übergroßer Aengstlichkeit stets bei sich trägt, wurde von einem in der Stadt ansäßigen Gewerbetreibenden spät in der Nacht aus einem Bierlokale auf dem Nachhausewege begleitet. Unterwegs geht dem jungen Manne die Cigarre aus, und er tritt in die Wohnung seines Begleiters, um sich dieselbe anzuzünden. Kaum befindet er sich aber auf dem Flur, so erhält er Faustschläge gegen empfindliche Körpertheile, die ihn zu Boden werfen. Das Erscheinen einer im Hause wohnenden Person, die auf den Hülferuf des Angegriffenen herbeieilt, befreit diesen aus seiner gefährlichen Lage. Die Brieftasche des jungen Mannes war jedoch verschwunden; glücklicher Weise hatte aber der Angefallene dieses Mal seine Baarschaft nicht in derselben aufbewahrt. — Am 6. und 7. d. M. wird im Logensaal eine vom hiesigen Frauenverein zum Besten verschämter Armen arrangirte Ausstellung stattfinden.

Itzehoe, 5. März. In der heutigen Sitzung fand die Vorberathung über die Proposition des Advokaten Lehmann statt, betreffend die Aufhebung der unter dem Ministerium v. Scheele ohne verfassungsmäßige Mitwirkung der Stände-Versammlung erlassenen Gesetze und Verfügungen. Der Ausschußbericht, in gedrängter Kürze abgefaßt, läßt sich am Schluß so aus: „Die Gründe, aus welchen die Versammlung in der einseitigen Erlassung dieser Verfügungen einen Eingriff in die verfassungsmäßig ihr zustehenden Rechte sah, sind in dem früher erstatteten Bedenken näher entwickelt. Die gestellte Bitte hat leider kein Gehör gefunden. Was das Einzelne betrifft, so ist die durch Allerhöchste Resolutionen vom 29. August und 19. Dezember 1855 verfügte Konfiskationsstrafe für den Gebrauch von Courantscheidemünze durch Allerhöchste Resolution vom 30. Dezember v. J. beseitigt. Das der bestehenden Gesetzgebung widerstreitende Verbot der (deutschen) Courantmünze (zu Gunsten der dänischen) ist aber nicht aufgehoben. Die Plackereien, welche die Folge jener Verfügungen waren, haben aufgehört, der rechtliche Nothstand dauert fort und der Ausschuß glaubt es aussprechen zu müssen, daß es das Gefühl des Volkes auf's Neue verwirren muß, wenn die Regierung es angemessen findet, diejenigen Ausführungs-Bestimmungen aufzuheben, welche den verfassungswidrigen Verfügungen allein Geltung verschaffen konnten, und dabei die Verfügungen selbst fortbestehen zu lassen. Rücksichtlich der übrigen Verfügungen wird uns durch die Allerhöchste Eröffnung in Aussicht gestellt, daß die von der Versammlung gemachten Bemerkungen bei einer demnächstigen näheren Erwägung der in Ansehung der Verwaltungseinrichtungen und der Gerichtsverfassung vorzunehmenden Aenderungen berücksichtigt werden sollen. Die Versammlung wird in dieser Aussicht keine Beruhigung finden können. Die mit der Durchführung jener Maßregeln verbundenen praktischen Uebelstände sind es nicht, welche den Gegenstand ihrer Beschwerde bildeten. Ihr war es darum zu thun, daß nicht in einem Theile des Landes Recht gesprochen werde durch Gerichte, deren Existenz eine Rechtsverletzung ist, daß nicht eine Reihe in die Verwaltung tief eingreifender organischer Bestimmungen faktisch in Kraft bestehe, ungeachtet es denselben an den Voraussetzungen rechtlicher Gültigkeit mangelt. Der Ausschuß braucht es nicht näher zu erörtern, daß das Fortbestehen eines solchen Zustandes störend auf das Rechtsbewußtsein einwirken muß. Dem entgegenzutreten, ist eine Pflicht gegen das Land sowohl, als gegen den Landesherrn, welcher die Versammlung sich auch jetzt nicht wird entziehen dürfen. In dem zuversichtlichen Vertrauen auf die Gerechtigkeit Sr. Majestät des Königs, in welchem die Versammlung sich durch nichts beirren lassen darf, wird sie die Hoffnung auf Erhörung einer erneuerten Bitte finden. Der Ausschuß muß daher die Annahme des gestellten Antrages dringend befürworten. — Nach Verlesung des Berichtes gab der königl. Kommissär die Erklärung ab, daß der erwähnte Antrag durch die königl. Eröffnung vom 30. Dezember v. J. seine Erledigung gefunden habe, und daß er sich auf eine weitere Diskussion über diesen Gegenstand nicht einlassen könne. — Advokat Lehmann bemerkte hierauf, daß der Ausschuß allerdings eine ähnliche Erklärung befürchtet, zugleich aber gehofft habe, daß die Versammlung in Betreff dieser Sache gleicher Meinung mit dem Ausschuß sein werde. Er hob sodann mit einigen Worten das Verfahren des Ober-Appellationsgerichts mit Rücksicht auf die Ministeranklage hervor und meinte, daß durch eine solche Inkompetenzerklärung, wie sie damals von Seiten jenes Gerichtes erfolgt sei, die Verantwortlichkeit des Ministers zu einem vollkommenen Nichts herabsinke. Die in der Proposition erwähnten Verfügungen und die heutige Erklärung des königl. Kommissärs könnten keine Sicherung für die Erhaltung der Landesrechte bieten. Die einzige Garantie hierfür liege in der Festigkeit und Treue der Versammlung, und er hoffe, daß sie das Ihrige thun werde, um diese Garantie zu erhalten. — Ohne daß noch Jemand aus der Versammlung das Wort nahm, wurde die Vorberathung über die erwähnte Proposition beendigt. Am 7. d. M., Vormittags 10 Uhr, findet die Vorberathung über den Verfassungs-Entwurf statt.

Itzehoe, 7. März. Der königliche Kommissar erklärte heute in der Verfassungs-Angelegenheit, daß die Regierung den Hauptantrag des Ausschusses zurückweise, und daß der letztere seine Kompetenz überschritten habe. Der Präsident konstatirt, daß der Ausschuß die Friedenshand geboten.

Frankfurt a. M., 7. März. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Bern hat der dortige Bundesrath den Beschluß gefaßt, eine Cirkularnote an die auswärtigen Mächte zu erlassen. In derselben soll ausgesprochen werden, daß die Schweiz bei einem ausbrechenden Kriege die Integrität und Neutralität des Bundesgebiets und des als neutral erklärten Savoyer Grenzdistrikts mit aller Kraft vertheidigen werde. — Das Militair- und das Finanz-Departement sind mit den erforderlichen Vorarbeiten beauftragt worden und soll bei vermehrten Kriegsanzeichen die Bundesversammlung sofort einberufen werden.

Hannover, 7. März. Das Finanz-Ministerium hat auf Grund der Zollvereins-Verträge ein Verbot der Pferde-Ausfuhr aus dem Königreiche gegen die Grenzen des Zollvereins-Auslandes erlassen.

Lindau, 3. März. Nach einer im Laufe des gestrigen Vormittags zu Bregenz eingetroffenen Ordre des k. k. österreichischen Militär-Gouvernements sind sämmtliche in Vorarlberg und Tyrol befindliche Beurlaubte zu ihren Regimentern einberufen und haben sich in kürzester Zeit zu ihren Abtheilungen zu begeben. (Augsb. Abdz.)

Oesterreich.

Wien, 7. März, 2 Uhr 20 Minuten. (Tel. Dep. der B. Börs.-Ztg.) Die Einnahmen der französisch-österreichischen Staats-Eisenbahnen für die Woche vom 26. Februar bis 4. März betragen 278,235 Fl., was gegen die gleiche Woche des Vorjahres eine Mehr-Einnahme von 23,434 Fl. ausmacht. — Die heutige Börse war in Folge des Moniteur-Artikels sehr günstig; man hält die Kriegsaussichten für abnehmend. Die weiteren Truppensendungen nach Italien sind eingestellt.

Italien.

Turin, 3. März. Nach der „Gazetta Piemontese“ ist im Senate von dem Ministerium die Dringlichkeit für das Verbot der Ausfuhr von Hafer und Fourage nach der Lombardei beantragt worden. Nach dem „Corriere mercantile“ war Garibaldi in Genua angelangt, um mehrere ihm von der Regierung übertragene Approvisionirungs-Geschäfte auszuführen. Nunmehr befindet er sich bereits in Turin. Das Fouragegeschäft in den meisten Theilen Piemonts und auch in den an Savoyen grenzenden Gegenden ist an Privatunternehmer verpachtet. — Die „Unione“ nimmt keinen Anstand zu bekennen, daß in den letzten zwei Tagen so viele Flüchtlinge aus mittelitalienischen Provinzen hier eintrafen, daß zwei Kompagnien daraus formirt wurden.

Frankreich.

Paris, 5. März. Um die Ereignisse der letzten Tage nur einigermaßen richtig zu würdigen, muß man sich erinnern, daß wir im vollen Karneval sind. Denn im wirklichen Leben der Staaten ist eine Anarchie der Ideen, wie wir sie seit vorgestern hier wahrnehmen, ein Ding der Unmöglichkeit. Der „Konstitutionnel“ verkündet, nach einer, wie man zu wissen glaubt, aus dem kaiserlichen Kabinet erhaltenen Note, die Räumung des Kirchenstaats seitens der französischen Truppen. Am nächsten Tage erklärt der „Moniteur“ diese Nachricht für mindestens verfrüht und gleichzeitig wieder meldet der „Konstitutionnel“, daß die Räumung Roms bereits begonnen habe. Inzwischen werden den gouvernementalen Blättern Winke ertheilt, sich bis auf Weiteres nicht zu heftig gegen Oesterreich auszulassen. Der Ton wird in Folge dessen herabgestimmt. Da erscheint nun der heutige „Moniteur“ und bringt den Schlüssel zu dem Karnevalsmysterium. Die gesammte Pariser Presse ist eitel „Einbildung, Lüge und Wahnsinn.“ Niemals ist von Krieg gegen Oesterreich die Rede gewesen; die Thronrede am 7. Februar ist nie gehalten worden, Hr. v. Morny hat nie diese Thronrede kommentirt, und wenn nicht Lord Cowley diesen Augenblick noch in Wien weilte, so würde es selbst nicht wahr sein, daß überhaupt über Italien verhandelt wird. Man denke sich, welche Mienen heute die Pariser Journalisten machen, welche so artig im „Moniteur“ abgekanzelt werden, weil sie seit zwei Monaten den Inspirationen der Regierung zu pünktlich gewillfahrt haben. In dieser Weise ist die hiesige Presse seit dem 2. Dezbr. nicht angelassen worden, und das widerfährt einer Presse, welche allerdings nicht konsekrirt ist, die aber keine anderen Empfindungen und Ansichten aussprechen darf, als welche der Regierung behagen, einer Presse, welche auf Parole gesprochen und geschwiegen, auf- und abgewiegelt hat. Welches Zeugniß stellt damit die Regierung ihren eigenen Ideen aus, die sie unablässig wiederkäuen ließ! Doch lassen wir diese Gewissensfragen, die von dem Grade der Selbstachtung abhängen. Bedeutend wird ohne Zweifel die Wirkung sein, welche der „Moniteur“-Artikel in Turin, Rom und Neapel machen wird. Die Kriegspartei wird dort eine schwere Enttäuschung und tiefe Entmuthigung erfahren. Andererseits darf die preußische Presse sich Glück wünschen, daß sie nach beiden Seiten hin zum Frieden gemahnt hat. (N. Z.)

* **Paris**, 6. März. Ein höherer Beamter des Justiz-Ministeriums ist am letzten Mittwoch mit 100,000 Fr. durchgegangen. Es gelang jedoch der Polizei, ihn an der belgischen Grenze zu erwischen. Er befindet sich jetzt in Mazas.

Großbritannien und Irland.

* **London**, 6. März. Es heißt, Lord Cowley sei, abgesehen von den amtlichen Instruktionen seiner eigenen Regierung, mit einem Auftrage des Kaisers der Franzosen an den Kaiser von Oesterreich betraut, der, wie die Juristen zu sagen pflegen, ohne Präjudiz ausgerichtet, nämlich, wenn der Vorschlag scheiterte, von allen Parteien ohne Umstände ignorirt werden könnte. — Dem Court Journal zufolge liegt der Grund, weßhalb Prinz Albert sich nicht zur Taufe seines Enkels nach Berlin begeben hat, in dem schwankenden Stande der politischen Parteien in England.

— De excentrische Miß Meriton White (jetzt Madame Mario), die Orsini's Memoiren herausgegeben hat und vom altersschwachen Dichter Walter Savage Landor mit der Verwaltung seines „Tyrannenmörder Fonds (100 L.) betraut worden ist, befindet sich gegenwärtig in Amerika, wo sie Vorlesungen über die Lage Italiens hält.

Rußland und Polen.

Petersburg, 28 Februar. Es heißt, eine hochgestellte Person sei mit einer Mission betraut, ins Ausland gereist, um durch entsprechende Mittheilung jeden Zweifel über die Intentionen des hiesigen Kabinets — die jedenfalls eine streng neutrale Richtung haben — zu zerstreuen.

Provinzielles.

X **Körlin**, 6. März. Am Freitage, bald nach Ankunft der Post mit welcher der Ober-Appellationsgerichtsrath v. Braun aus Köslin aus einer Heil-Anstalt von Berlin zurückkehrte, erschoß sich derselbe im Gasthause. Er war ein ausgezeichneter Jurist und im Umgange ein sehr liebenswürdiger Mann. — Seine Frau, welcher er seine Ankunft mit der Bitte, ihn von hier abzuholen, gemeldet hatte, traf ihn bereits als Leiche.

Stettiner Nachrichten.

** Stettin, 8. März. Gestern verunglückte in Zabelsdorf an einer durch Ochsen getriebenen Drehmaschine ein 18jähriges Mädchen. In Folge ihrer Unvorsichtigkeit wurden ihre Kleider von dem Räderwerk der Maschine ergriffen und sie selber dergestalt von dem Schwungrade mit fortgerissen, daß sie erhebliche Quetschungen am Kopfe und im Gesichte erlitt und ihr ein Oberschenkel gebrochen wurde.

** Als gestern Abend in der Dunkelheit fünf Arbeiter nach einander über die Oderbrücke an der Eisenbahn gingen, wurden sie von einer Bande von ca. 8 Kerlen, die sich die Fäuste mit Eisenschienen bewaffnet hatten, überfallen, und durch Schläge so zugerichtet, daß sie sämmtlich mehr oder weniger verwundet und Wochenlang arbeitsunfähig geworden sind. Viere von den Verwundeten befinden sich im Krankenhause.

** Der Berliner Publizist bemerkt: Der Berliner Korrespondent der Nordd. Ztg., der überhaupt ein Original ist, hat herausgetiftelt, man „flüstere“ sich in Berlin in die Ohren, Kaiser Napoleon bedrohe Oesterreich nur zum Schein mit Krieg; seine kriegerischen Absichten seien allein gegen England gerichtet. Der Publizist fügt hinzu: wir haben großen Respekt vor einem Blatte, daß sich solche Dummheiten aufbinden läßt, und sie abdruckt.

** Privatdepeschen aus Börsenkreisen, die an der heutigen Börse verbreitet waren, wollen wissen, daß der sardinische Minister des Auswärtigen, Graf Cavour, von seinem Amte zurückgetreten sei.

** Stettin, 8. März. Wir lesen in einem zu Bonn bei Marcus 1857 erschienenen Buche über die gegenwärtige Lage der Kretinen, Blödsinnigen und Idioten in den christlichen Ländern Seite 136 folgendes: Was die Lage der Blödsinnigen in Pommern betrifft, so erzählte Berndt in der Naturforscher-Versammlung in Greifswald 1857, daß in den drei letzten Jahren allein in den beiden Regierungs-Bezirken Stettin und Köslin fünfhundert Blödsinnige geboren seien. Wie groß muß dann die Zahl aller Blödsinnigen in Pommern sein? Da authentische Angaben fehlen, so muß ich meinen Lesern eine ungefähre Vorstellung davon zu geben suchen. Nach der weiter unten anzuführenden Statistik Dr. Rauers wurden in ganz Westphalen in drei aufeinanderfolgenden Jahren zusammen durchschnittlich nicht einmal 40, höchstens einige 80 Blödsinnige geboren. Wir wollen aber 100 setzen, und doch war die Summe aller Blöden etwa 800, also mindestens 8mal mehr als in drei Jahren neu geboren worden. Wenden wir dieses Verhältniß auf die beiden Regierungsbezirke an und sehen ganz davon ab, daß sie über 200,000 Einwohner weniger zählen, als Westphalen, so wäre die Gesammtsumme aller Blöden dort 4000! Der Regierungsbezirk Stralsund wäre gar nicht mitgerechnet. Oder nehmen wir an, daß jene 3 Jahre das Durchschnittsverhältniß der blödsinnig Gebornen angeben, so müßten in den beiden Bezirken, wenn Keine stürben, 2500 Blöde unter fünfzehn Jahren sein, rechnen wir die in früher Jugend Sterbenden ab, so blieben doch jedenfalls 1000 Blöde im bildungsfähigen Alter! Was wollte ich lieber, als daß durch genaue Zählung dieser Armen meine Berechnung zu Schanden gemacht würde.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 8. März. Der heutige „Moniteur“ enthält ein Dekret, durch welches Prinz Napoleon auf seinen Wunsch von seinen Ministerien entbunden, und der Ackerbauminister Rouher interimistisch mit denselben betraut wird. — Der „Constitutionel“ enthält einen von Renée unterzeichneten Artikel welcher die Friedens Intentionen des Kaisers weitläufig auseinandersetzt.

Monats-Uebersicht
der Ritterschaftlichen Privat-Bank in Pommern,
gemäß §. 40 der Statuten vom 24. August 1849.

Aktiva:

		Thlr.	
1.	Baarbestände		
	a) an gemünztem Gelde	398,421	
	b) an Kassenanweisungen, Noten und Giro-Anweisungen d. preuß. Bank	92,400	490,821 Thlr.
2.	Wechselbestände		2,196,180 "
3.	Lombardbestände		401,251 "
4.	Staats-Papiere und andere Börsen-Effekten . .		405,911 "
5.	Verschiedene Forderungen und Aktiva		1,039,620 "
6.	Staats-Schuldscheine bei der Königl. General-Staats-Kasse laut §. 8 der Statuten		447,000 "
	Passiva:		
7.	Banknoten und Depositenscheine im Umlauf . .		669,355 "
8.	Verzinsliche Depositen-Kapitalien		1,399,150 "
9.	Guthaben verschiedener Institute und Privatpersonen		402,923 "
10.	Gegen die Staatsschuldscheine ad 6 vom Staat realisirte 5 Thaler-Bankscheine		447,000 "

Stettin, den 28. Februar 1859.
Direktorium der Ritterschaftlichen Privatbank in Pommern.
Riebe. Hindersin.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. März. Witterung: veränderlich. Temperatur + 6°. Wind SW.

Auf heutigem Landmarkt bestand die Zufuhr aus: — Wspl. Weizen, 2 Wspl. Roggen, 6 Wspl. Gerste, — Wspl. Hafer, — Wspl. Erbsen, — Rübsen. Bezahlt wurde für: Weizen 52—61 Rt., Roggen 44—49 Rt., Gerste 32—35 Rt., Erbsen — — Rt. pr. 25 Schffl., Hafer 29—31 Rt. pr. 26 Schffl. Rübsen — Rt.

An der Börse:

Weizen lebhafter Umsatz bei weichenden Preisen loco pr. 85pfd. gelber feiner 63½ Rt. bez., geringer 55½ Rt. bez., pr. Frühjahr 82.-85pfd. gestern Abend 58 Rt bez, heute 57½ Rt. bez. u. Br., 57 Gd., 83.85pfd. 59, 58¾ Rt. bez., 59 Br., 58½ Gd., do. 85pfd. 62 Rt. Br., pr. Mai-Juni 85pfd. 62¾, ⅝, ½ Rt. bez., pr. Juni-Juli 83.85pfd. 61¼ Rt. bez., 61 Gd., pr. Juli-August 85pfd. vorpomm. 65¾, 65½ Rt. bez., 83.85pfd. 62 Rt. Br, 61¾ Gd.

Roggen matt, loco 85pfd. effekt. pr. 77pfd. 44 Rt. bez., 77pfd. pr. Frühjahr 41½ Rt. bez. u. Br., pr. Mai-Juni 42¼ Rt. Br., pr. Juni-Juli 43 Rt. bez. u. Br., pr. Juli gestern Abend 43¾ Rt. bez., Juli-August gestern Abend 43¾ Rt. bez., heute 43½ Rt. bez. u. Br.

Gerste pr Frühj. 69.70pfd. gr. pomm. 36½ Rt. bez.

Hafer loco pr. 50pfd. Kleinigkeiten 31½ Rt. bez., pr. Frühjahr 47.50pfd. excl poln. u. preuß. 31 Rt. bez.

Rüböl stark weichend, loco 14⅓ Rt. bez., 14⅙ Rt. Br., per März 14 Rt. Br., pr. April-Mai 13⅔, ½ bez. u. Gd., pr. Sept.-Oktober 12 11/12 Rt. bez.

Leinöl loco incl. Faß 12⅙—12⅓ Rt. nach Qual. Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß 18⅞, 19 % bez., mit Faß 18⅞ % bez., pr. Früh-jahr 18¾ % bez. u. Br., pr. Mai-Juni 18½ % bz. pr. Juni-Juli 18 % bez. u. Br., pr. Juli-August 17½ Br.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 8. März, Mittags 2 Uhr. Staatsschuldscheine 84½ bez. Prämien-Anleihe 3½ pCt. 116 bez. Berlin-Stettiner 106 bez. Stargard-Posener 84 Br. Köln-Mindener 133 bez. Diskonto-Kommandit-Antheile 100 Gd. Französ.-Oesterr. St.-E.-A. — — — Hamburg 2 Mt. 151 bez. London 3 Mt. 6 20½ bez.

Roggen pr. März 43⅝, ½ bez., pr. Frühj. 43⅜, ⅛ bez., pr. Mai-Juni 43¾ bez., ½ Br.

Rüböl loco 14 11/24 bez., pr. März 14¼, ⅙ bez., pr. April-Mai 14 1/12, 14 bez., pr. September-Oktober 13⅓ bez.

Spiritus loco 19⅝ bez., pr. März-April 19¾ bez. u. Br., pr. April-Mai 19 11/12, ⅝ bez., pr. Mai-Juni 20⅛, ⅛ bez.

Verantwortlicher Redakteur H. Schönert in Stettin. Druck und Verlag von A. H. G. Effenbart in Stettin.